

## 40/4.1

Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel; am 26./27. November 2018

### VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 26./27. November fand in Brüssel die 3653. Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Im Rat **Bildung** nahm von österreichischer Seite Bundesminister **Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann** teil und hatte den Vorsitz inne. Im Rat **Jugend** wurde Österreich durch Frau Bundesministerin **Dr. Juliane Bogner-Strauß** als Vorsitzende vertreten. Im Rat **Kultur** führte von österreichischer Seite Herr Bundesminister **Mag. Gernot Blümel** den Vorsitz. Beim Rat **Sport** der Ratstagung war Österreich durch den Vorsitzenden Herrn Vizekanzler und Bundesminister **Heinz-Christian Strache** vertreten. Die Europäische Kommission war durch die Kommissare **Tibor Navracsics** und **Marianne Thyssen** vertreten.

#### Bildung

Die Tagesordnung beinhaltete folgende drei Punkte:

1. Der Rat nahm die **partielle allgemeine Ausrichtung der Erasmus+ Verordnung einstimmig** an. Die Europäische Kommission hat am 30. Mai 2018 den Vorschlag für eine Verordnung zum Nachfolgeprogramm von Erasmus+ (2014-2020) vorgelegt. Das neue Erasmus+ Programm (2021-2027) wurde von den Mitgliedstaaten äußerst positiv bewertet. Einige Delegationen gaben Erklärungen ab, die dem Protokoll des Rates beigelegt werden. Neben dem Bedauern von vier Delegationen, dass im Verordnungstext die Anwendung von delegierten Rechtsakten inkludiert wurde, wurde auch der Wunsch von zwei Delegationen bekräftigt, erwachsene Lernende in die Leitaktion 1 (Mobilität) aufzunehmen. Die Protokollerklärung zu den Jean Monnet-Institutionen fand die Unterstützung zahlreicher Delegationen, darin wird die

Europäische Kommission dazu aufgefordert, Förderungskriterien für die Liste der Jean Monnet-Institutionen auszuarbeiten. Erasmus+ wird ein integriertes Bildungsprogramm nach dem Grundsatz des lebenslangen Lernens bleiben und weiterhin die Bereiche Bildung sowie Jugend und Sport beinhalten. Im Fokus stehen hierbei die Förderung von Mobilität und transnationaler Zusammenarbeit, sowie der Austausch bewährter Praxis im Bildungs- und Jugendbereich. Neben der klassischen Studierendenmobilität sieht das Programm auch vor, dass die Teilnahme von Lehrlingen sowie von Schülerinnen und Schülern ausgebaut wird. Auf administrativer Ebene soll Erasmus+ benutzerfreundlicher und somit für kleinere Institutionen und junge Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen attraktiver werden.

2. Weiters nahm der Rat die **„Empfehlung zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II, sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland“** einstimmig an. Ziel dieser Empfehlung ist es, wesentliche Fortschritte in Richtung einer automatischen Anerkennung von einer, in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Qualifikation, von Hochschulabschlüssen und jenen der Sekundarstufe II zu erzielen, um weiterführende Bildungswege zu ermöglichen.
3. Die Orientierungsaussprache der Minister/innen hatte **„European Education Area 2025: From vision to implementation“** zum Thema. Die Minister/innen bekräftigten die Bedeutung der Mobilität und Anerkennung von Qualifikationen als Voraussetzung für den Europäischen Bildungsraum und wünschten sich eine Verknüpfung mit dem Education & Training post-2020 Prozess. In den Wortmeldungen wurden bereits bestehende Pilotierungen, wie das Netzwerk Europäische Hochschulen, hervorgehoben. Es wurde auch angeregt, dass die Europäische Kommission eine Empfehlung dazu ausarbeiten sollte. Weiters betonten die Mitgliedstaaten, dass eine stärkere Zusammenarbeit in der Berufsbildung gefordert ist. Chancengerechtigkeit in der Bildung einerseits und Exzellenz andererseits, sowie digitale Bildung und Mehrsprachigkeit wurden von den Mitgliedstaaten als wesentliche Säulen für die Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes hervorgehoben. Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann konkludierte, dass ein „Mehr“ an Mobilität, Inklusion, Anerkennung, Fremdsprachen, Austausch guter Praktiken und gut qualifizierten Lehrkräften gewünscht wurde. Zudem gebe es breite Unterstützung für die Europäische Hochschulinitiative und die Fortführung der engen Kooperation mit dem Vereinigten Königreich, auch nach dem Brexit. Es bestehe der einhellige Wunsch, mit der Arbeit an einem gemeinsamen Europäischen Bildungsraum fortzufahren. Zusammenarbeit im Bildungsbereich bedeute nicht, dass nationale Kompetenzen aufgegeben werden müssen, sondern, dass ein Lernen von den besten Ideen anderer Mitgliedstaaten möglich ist, um die Qualität der Bildung zu verbessern.

Abschließend stellte der rumänische Staatssekretär **Ioan Stefan Groza** das Programm für die kommende Vorsitzperiode vor.

## Jugend

Die Tagesordnung sah vier Punkte vor:

### **1. Annahme der Verordnung über das Europäische Solidaritätskorps (2021-2027):**

Der erste Tagesordnungspunkt zum Bereich Jugend betraf das Europäische Solidaritätskorps 2021-2027, das Teil des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ist. Frau Bundesministerin Dr. Juliane Bogner-Strauß erläuterte, dass die partielle allgemeine Ausrichtung die Grundlage für künftige Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament bilden werde. Die Verordnung baut auf dem Ergebnis der jüngsten Verhandlungen über das Europäische Solidaritätskorps 2018-2020 auf, also auf einer Verordnung, die im letzten Monat in Kraft getreten ist. Die Verordnung für das Nachfolgeprogramm des Europäischen Solidaritätskorps 2021-2027 sieht ein paar Neuerungen vor, insbesondere die Eingliederung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe in das Europäische Solidaritätskorps. Dabei standen zwei Aspekte im Mittelpunkt. Einerseits die Modalitäten für diese Eingliederung des Korps für humanitäre Hilfe in das Europäische Solidaritätskorps und andererseits die Altersgrenze für junge Freiwillige für humanitäre Hilfe. Die Kommission geht davon aus, dass das Programm (2021-2027) bis zu 350.000 jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren die Möglichkeit bieten wird, sich im Rahmen von freiwilligen Tätigkeiten, Jobs und Praktika zum Wohle der Gesellschaft zu engagieren. Hauptziel des Programms ist es, Zusammenhalt, Solidarität und Demokratie in Europa zu fördern. Gleichzeitig soll, durch die Vermittlung von Jobs und Praktika im sozialen Bereich, der Einstieg in die Arbeitswelt erleichtert werden. Dies soll erreicht werden, indem jungen Menschen die Möglichkeit geboten wird, sich im Aus- oder Inland sozial zu engagieren, entweder durch die Mitarbeit in Organisationen oder durch selbstorganisierte Projekte. Das Europäische Solidaritätskorps 2021-2027 wird mit dem Verordnungsvorschlag zu einem eigenständigen Programm mit eigenem Haushalt. Das Dokument wurde einstimmig angenommen.

### **2. EntschlieÙung zur EU-Jugendstrategie 2019-2027:**

Der nächste Tagesordnungspunkt war der Entwurf der EntschlieÙung des Rates über die Jugendstrategie der Europäischen Union 2019-2027. Mit der EU-Jugendstrategie 2019-2027 haben sich die Mitgliedsstaaten der EU auf einen gemeinsamen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa für die nächsten 9 Jahre mit Beginn ab 1. Jänner 2019 geeinigt. Die drei Schlüsselwörter der neuen EU-Jugendstrategie lauten „Beteiligung“,

„Begegnung“ und „Befähigung“ („Engage – Connect – Empower“). Mittels eines bereichsübergreifenden Ansatzes gilt es, die Beteiligung der Jugend am gesellschaftlichen und demokratischen Leben und die Zusammenführung junger Menschen aus der gesamten EU und darüber hinaus sowie die Befähigung der Jugend durch Qualität, Innovation und Anerkennung der Jugendarbeit zu fördern.

Wichtige Neuerungen der EU-Jugendstrategie sind:

- die stärkere Berücksichtigung der Anliegen von Jugendlichen und Gewährleistung einer größeren Reichweite durch einen erneuerten EU-Jugenddialog – mithilfe innovativer Formate;
- die Nachverfolgung der EU-Ausgaben für die Jugend in den wichtigsten Finanzierungsprogrammen;
- die Erstellung einer Agenda für Jugendarbeit zur Verbesserung der Qualität, der Innovation und der Anerkennung;
- die Erstellung einer klaren Verknüpfung zwischen der Durchführung der EU-Jugendpolitik und den betreffenden Programmtätigkeiten im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps;
- sowie die Bündelung der Stimmen junger Menschen durch eine/n neue/n EU-Jugendkoordinator/in bei der Europäischen Kommission.
- Die Ratsvorsitzende Bundesministerin Dr. Juliane Bogner-Strauß betonte die Wichtigkeit, dass die 11 Jugendziele – die im Rahmen des Strukturierten Dialoges mit und von Jugendlichen erarbeitet worden sind – vollständig und unverändert in die Anlage der Resolution aufgenommen wurden. Die EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen.

### **3. Schlussfolgerungen zur Rolle der Jugendarbeit im Kontext von Migration und Flucht:**

Frau Bundesministerin Dr. Juliane Bogner-Strauß wies darauf hin, dass die Schlussfolgerungen die Rolle der Jugendarbeit in einem politisch sehr aktuellen Zusammenhang behandeln. Jugendpolitik sei eine Querschnittsmaterie – das Herstellen von Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen und das Erzielen ausgewogener Ergebnisse, oft eine Herausforderung. Die Schlussfolgerungen machen den Wert der Jugendarbeit im Kontext von Migration und Flucht sichtbar. Jugendarbeit ist per se eine Schnittstelle zwischen zwei Welten, der Kindheit und der Erwachsenenwelt. Die Methoden der Jugendarbeit, die auf das Ermöglichen eines guten Übergangs hin orientiert sind, können viel zur Bewältigung von Integrationsprozessen beitragen. Jugendarbeit und nicht-formales Lernen bieten Antworten für die Herausforderungen und Chancen, die sich mit der zunehmenden Zahl junger Migranten und Flüchtlinge in der EU auftun: auf Basis der Kinderechtekonzvention und der europäischen

Grundrechtecharter ist ein Kennenlernen europäischer Werte und das praktische Anwenden dieser Grundregeln eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die mit den Methoden der Jugendarbeit gut zu schaffen ist. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht Jugendarbeit kompetente, gut ausgebildete Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, Ressourcen und Räume und gute Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und öffentlichen Diensten. In den Schlussfolgerungen findet sich eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen, mit denen Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission das gute Gelingen dieses Prozesses unterstützen können. Die Schlussfolgerungen wurden einstimmig angenommen.

#### 4. Orientierungsaussprache „EU-Jugendstrategie 2019-2027: *Von der Vision zur Umsetzung*“:

Anhand eines Diskussionspapiers mit zwei Fragen – wie die Instrumente der angenommenen EU-Jugendstrategie am besten genutzt werden können, um deren Ziele auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu erreichen und welche nationalen Maßnahmen zu einer wirksamen Umsetzung der Jugendstrategie beitragen – fand eine öffentliche Orientierungsaussprache statt.

### Kultur

Laut Tagesordnung waren folgende Punkte vorgesehen:

1. Der österreichische Vorsitz legte einen **Fortschrittsbericht zum Programm „Kreatives Europa“ (2021-2027)** vor und berichtete über die erfolgreiche Klärung wesentlicher Aspekte des Verordnungsvorschlags im Zuge der Verhandlungen (z.B. Programmziele, Fördermaßnahmen, Komitologie). Die verbliebenen offenen Punkte betreffen insbesondere die Direktvergabe an das EU-Jugendorchester und die Europäische Filmakademie, sowie Ausnahmeregelungen für Drittländer bezüglich ihrer Beteiligung am Subprogramm MEDIA.
2. Der Rat verabschiedete **Schlussfolgerungen zum „Arbeitsplan für Kultur 2019-2022“**. Besonderes Augenmerk wurde auf Zielfokussierung, bessere Governance, laufendes Monitoring und Flexibilität bei der Berücksichtigung aktueller Entwicklungen gelegt. Folgende fünf Prioritäten inklusive eines Maßnahmenkatalogs und Zeitplans wurden vereinbart: Nachhaltigkeit des EU-Kulturerbejahres, Beitrag von Kultur zum Zusammenhalt in der Gesellschaft, Rahmenbedingungen für Kulturschaffende und Förderung europäischer Inhalte, Geschlechtergleichstellung sowie internationale Kulturbeziehungen der EU.
3. Der Rat verabschiedete darüber hinaus **Schlussfolgerungen zur „Stärkung europäischer Inhalte für die digitale Wirtschaft“**. Damit befasste sich der Rat auf Initiative des österreichischen Vorsitzes erstmals umfassend mit den Herausforderungen der Europäischen

Union als Standort der europäischen Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft. Die Schlussfolgerungen konzentrieren sich auf die folgenden zukünftigen politischen Prioritäten: Förderung von Vielfalt, Sichtbarkeit und Innovation, Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen u.a. im steuerlichen Bereich, Stärkung des Vertrauens in Informationen und Quellen sowie Verbesserung von Fähigkeiten und Kompetenzen. Im Zentrum der Diskussion stand auch, dass große Online Plattformen mehr Verantwortung übernehmen sollen; es bestand Konsens, dass die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr („E-Commerce Richtlinie“) überprüft wird, was als wichtiger Schritt für die Gewährleistung eines Level-Playing-Field gilt.

4. Die Minister/innen führten eine **politische Debatte zum Thema „Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation: Herausforderungen für die Medienlandschaft“** und betonten die zentrale Bedeutung von hochwertigem und professionellem Journalismus für die effektive Bekämpfung von Desinformation. Die Mitgliedsstaaten betonten, dass es einer fortlaufenden Bewusstseinsbildung bedürfe, die Medien in der Demokratie zu erhalten und zu stärken. Breite Zustimmung fand auch die Forderung nach mehr Transparenz und Verantwortlichkeit im Internet-Ökosystem.
5. Unter den **sonstigen Informationspunkten** plädierte **Deutschland** für einen Austausch zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in europäischen Sammlungen. **Dänemark** machte auf Probleme im Zusammenhang mit Verbraucherschutz und grenzüberschreitendem Wiederverkauf von Eintrittskarten für Kultur- und Sportveranstaltungen durch Online-Plattformen aufmerksam. Abschließend präsentierte **Rumänien** seine kultur- und medienpolitischen Prioritäten während des EU-Ratsvorsitzes.

## Sport

Laut Tagesordnung waren folgende Punkte vorgesehen:

1. Die Minister/innen führten gemeinsam mit Martin Kallen, CEO von UEFA Events (EURO 2020), eine **öffentliche Debatte über große Sportereignisse als Innovationstreiber**. Die Aussprache basierte auf einem Diskussionspapier des Vorsitzes, in dem die Verbindungen zwischen wichtigen Sportveranstaltungen und Innovationen, einschließlich Patentanmeldungen und neuen Technologien, die bei Sportveranstaltungen angewendet werden, hervorgehoben werden.
2. Der Rat nahm weiters **Schlussfolgerungen zu den wirtschaftlichen Dimensionen des Sports und seinen sozioökonomischen Vorteilen** an. Ziel ist es, den Sport als Motor für Wachstum und Beschäftigung sowie als Mittel zur Verbesserung der Gesundheits- und Sozialbedingungen der Bürger zu erkennen.

3. Unter Punkt „Sonstiges“ informierten die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten im Stiftungsrat über die **Tagung der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA)** Mitte November in Baku/Aserbaidshan.
4. Vor Tagungsende stellte Rumänien als kommender Vorsitz sein **Arbeitsprogramm und die Schwerpunkte im Bereich Sport** vor: Unter dem generellen Schwerpunkt „Ein Europa der gemeinsamen Werte“ sollen Schlussfolgerungen zum Zugang zu organisiertem Sport für Menschen mit Behinderungen erarbeitet werden. In Vorbereitung dazu findet am 14. März in Bukarest eine Konferenz statt. Der Sportteil des zukünftigen Erasmus+ Programms ist ebenfalls ein zentraler Bereich. Der formelle Ministerrat Teil Sport wird am 23. Mai in Brüssel abgehalten. Das Treffen der Generaldirektoren für Sport wird am 12. und 13. Juni in Constanta stattfinden, im Anschluss daran organisiert der Vorsitz ein Seminar zu Sport und digitalem Binnenmarkt.

Bezüglich der Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport stellen wir daher den

### **A n t r a g,**

die Bundesregierung wolle die Information über die 3653. Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 26.-27. November 2018 in Brüssel zur Kenntnis nehmen.

Wien, 13. Dezember 2018

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz  
Faßmann

Die Bundesministerin:

Dr. Juliane Bogner-Strauß

Der Bundesminister:

Mag. Gernot Blümel

Der Vizekanzler:

Heinz-Christian Strache